

Nicht nur für den Dienstgebrauch

Wie die politische Führung der frühen BRD eine angemessene Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus unterband und warum das für die Beurteilung der aktuellen deutschen Politik bedeutsam ist. Von Rolf Surmann

Von der »Stunde Null« spricht heute kaum noch jemand. Zu offensichtlich war die Gründung der Bundesrepublik nicht einfach ein Neuanfang. Personelle, ideologische und politische Konstitutivitäten ließen sich im Laufe der Jahre und Jahrzehnte immer weniger leugnen. Längst schon wird eine Debatte darüber geführt, welche politische Entwicklung die BRD tatsächlich durchlaufen hat, ob es Brüche gab und wo sie liegen könnten. Doch eine Grundaussage ist sakrosankt: In diesem Staat war von seiner Gründung bis zu den aktuellen Kriegsvorbereitungen politisch immer alles zum besten bestellt. Was dieser Aussage offensichtlich widersprach, erklärte man für »aufgearbeitet«. Fortschritt wurde zum Codewort für das geschichtspolitische Selbstverständnis.

Für die Erklärung des erfolgreichen Wegs der Nazismus-Aufarbeitung ist der Generationen-Begriff von zentraler Bedeutung. Die »68er« gelten ihm zufolge als die Generation, die begonnen hat, die allzu offensichtlich reaktionären, wenn nicht gar nazistischen Tradierungen in Frage zu stellen, wobei eine Gruppe von Zeithistorikern die vorhergehende »Flakhelfergeneration« ebenfalls in diesen Prozess der Umorientierung integrieren will. Aktuell gibt es allerdings auch Ansätze, den zeitgeschichtlichen Bruch, den die Nazi-Diktatur darstellt, zu relativieren (siehe **konkret 6/25**), so dass dieser Prozess auch ohne die »linkslastigen 68er« als Erfolgsgeschichte interpretiert werden kann.

Auf diesen Diskussionskontext mag man sich einlassen, vielleicht das Scheitern der »68er« beklagen und dennoch auf weitere Fortschritte nach der aktuellen Faschismusrenaissance und der scheinbar unvermeidlichen Kriegspolitik hoffen. Aber die Fort-

schriftserzählung ist von Voraussetzungen geprägt, die gerade angesichts der aktuellen Krise des gesellschaftlichen Selbstverständnisses ihre Reflexion notwendig machen.

Dreierlei ist dabei von besonderer Bedeutung: Erstens erfolgt die Behandlung der »Erfolgsgeschichte Bundesrepublik« seit der Gründung dieses Teilstaats 1949 grundsätzlich extrem schmalspurig und oberflächlich. Ignoriert werden sowohl die zeitweise durchaus einflussreichen Überlegungen eines Henry Morgenthau, Deutschland für alle Zeiten strukturell kriegsunfähig zu machen, als etwa auch die Pläne der damaligen britischen Labour-Regierung, durch Maßnahmen zur Sozialisierung einen Umbau des kapitalistischen Wirtschaftssystems einzuleiten. Wie verbreitet solche Vorstellungen waren, zeigt zum Beispiel das »Ahlener Programm« der CDU aus dem Jahr 1947, in dem als Antwort auf die Nazi-Herrschaft, ausgehend von dem Leitsatz »Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden«, ein grundsätzlicher Neuanfang im Sinne eines »Sozialismus aus christlicher Verantwortung« gefordert wurde. Ein solcher Neuanfang schrumpfte mit der Gründung der Bundesrepublik auf die Aspekte Demokratie – was man auch immer unter diesem Begriff konkret verstand – und Integration in die westliche wirtschaftliche wie militärische Gemeinschaft unter den Vorzeichen des »American Century« zusammen.

Eine solche Perspektivenverengung hat, zweitens, Konsequenzen für die Strukturierung der Geschichts- und Erinnerungspolitik. Ausschlaggebend ist in dieser Hinsicht die Konzentration auf den Opferbegriff als entscheidende erinnerungspolitische Kategorie. Damit wird nicht nur die Bedeutung der Täteranalyse für die Aufarbeitung der

Nazi-Verbrechen relativiert, sondern auch ein entscheidendes Bindeglied für das Begreifen ihrer gesellschaftlichen Ursachen in den Hintergrund gerückt. Das unter jeweils aktuellen Gesichtspunkten vorgenommene politische »Framing« einer opferzentrierten Erinnerungspolitik fällt damit umso leichter.

Hieraus ergeben sich, drittens, auch Konsequenzen für die Analyse und Wertung der Erinnerungspolitik selbst. Grundsätzlich verlieren die Verbrechen und ihre Ursachen ihre Bedeutung als wesentliches Kriterium zur Beurteilung der Angemessenheit erinnerungspolitischer Aktivitäten. Trotz Aufgabe der zentralen Gründungslegende von der »Stunde Null« ergeben sich so Möglichkeiten neuer Legendenbildung. Teilweise haben sie sich mittlerweile erledigt, teilweise bestimmen sie noch heute das Verständnis der BRD-Geschichte. Hierunter ist auch die in der gerade erschienenen Monografie *Das Kanzleramt* aufgestellte Behauptung zu rechnen, das bewusste Zurückgreifen auf konservatives und sogar nazistisch geprägtes Personal sei weder Ausdruck einer spezifischen politischen Intention gewesen, noch habe diese Personalpolitik Konsequenzen für die ideologische und politische Prägung dieser Gesellschaft gehabt. In dieser Untersuchung werden unterschiedliche Beispiele für die Auswirkungen dieser Personalpolitik beschrieben – seien es die Versuche, dem Aufstieg der 1949 gegründeten und 1952 verbotenen nazistischen Sozialistischen Reichspartei (SRP) zunächst mit der Finanzierung von untauglichen Konkurrenzprojekten zu begegnen, seien es die Debatten über allgemeine Formen der Informationssteuerung bzw. über die Nützlichkeit des nazistischen Vorbilds oder die »NS-Verstrickung« des Nachkriegsjournalismus. Ange-

sichts ihrer Relevanz für die Gegenwart sei auf Adenauers Erinnerungspolitik näher eingegangen.

»Die ›Bewältigung der Vergangenheit‹ ist für die informationspolitische Planung nur insofern interessant, als es den Schaden zu mindern gilt, den ihre Erwähnung hervorruft.« (Notiz aus den Akten des Bundespresseamts (BPA), Bonn, 9.2.1966)

Ein berüchtigtes Beispiel für die westdeutsche Haltung gegenüber der jüngsten Geschichte zählt die vom Bundesinnenministerium 1956 initiierte Intervention der deutschen Botschaft in Paris gegen das Vorhaben, Alain Resnais' Film »Nacht und Nebel« über die Konzentrationslager, insbesondere über Auschwitz und den Holocaust, bei den Filmfestspielen in Cannes zu zeigen. Der Film war auf Initiative des »Réseau du Souvenir«, einer Vereinigung ehemaliger französischer Deportierter, gedreht worden. Den Bildern waren Gedichte des deportierten Widerstandskämpfers Jean Cayrol unterlegt. Paul Celan hatte die deutsche Fassung bearbeitet, die Musik stammte von Hanns Eisler.

Die deutsche Botschaft hatte in einer Privatvorführung von dem Film Kenntnis genommen. Nachdem er als französischer Beitrag für die Filmfestspiele in Cannes nominiert worden war, verlangte der Botschafter die Rücknahme dieser Entscheidung mit der Begründung, seinen Bestimmungen folge solle das Festival zur Freundschaft zwischen den Völkern beitragen und nicht das Nationalgefühl eines Landes verletzen. Der gewöhnliche Zuschauer sei nicht in der Lage, zwischen dem verbrecherischen NS-Regime und dem heutigen Deutschland zu unterscheiden. Deshalb werde der Film die Beziehungen zwischen Deutschen und Franzosen vergiften und dem deutschen Ansehen schaden.

Der Film wurde daraufhin – gemäß einer Entscheidung des französischen Staatssekretärs für Industrie – von der Aufführungsliste gestrichen. Die deutsche Intervention wie auch die französische Reaktion lösten starke Proteste in beiden Ländern aus. Schließlich zeigte man den Film in Cannes außerhalb des offiziellen Programms – am Vorabend des Nationalen Gedenktages für die Deportierten. Auch in der Bundesrepublik wurde er an verschiedenen Orten ins Programm genommen. Der SPD-Vorschlag, ihn an den Schulen zu zeigen, blieb umstritten. Dort, wo dies geschah, wurde er oft durch eine Dokumentation über Hiroshima und Nagasaki ergänzt – ein frühes Beispiel dafür, dass es nicht allein um die Frage Erinnern oder Nichterinnern geht, sondern dass es auch auf das Wie der Erinnerung ankommt.

Der Vorfall von Cannes war spektakulär, aber keineswegs einzigartig. Gerade wegen der zunehmenden Bedeutung des Fernse-

hens intensivierte man die Programmkontrolle. So berichteten Anfang der sechziger Jahre die deutschen Botschaften in Nord-, Süd- und Mittelamerika über die Zunahme »antideutscher Filme« im dortigen Fernsehen. In ihren oft direkt an die Sender gerichteten Beschwerden kritisierten sie den »unsfahren, uns verletzenden Inhalt« wie gegebenenfalls auch das Timing, »d. h. die zeitliche Konzentrierung dieser Sendungen auf die Woche der Nato-Ratstagung«. Allgemein beklagte man, die Figur des plündrenden und mordenden deutschen Soldaten habe sich den »klassischen amerikanischen ›bad guys‹, dem Indianer und dem Gangster«, als Dritter im »Killer-Trio« hinzugesellt. Auch über die Gründe hierfür wusste man Bescheid. »Die Ursachen für dieses Phänomen werden von uns ungern deutlich angesprochen, liegen jedoch auf der Hand: der Typ des jüdischen Liberalen, der in der modernen Kommunikationsindustrie großen Einfluss hat, sieht im Nazismus deutscher Prägung

Sender NBC in ganzseitigen Zeitungsanzeigen für die Fernsehaufführung von Peter Weiss' Auschwitz-Drama *Die Ermittlung* werbe, und fügte besorgt hinzu: »Die Sendung wird zu den besten Empfangszeiten (...) übertragen. Für jede Sendung ist mit 15-20 Millionen Zuschauern zu rechnen.« Umgekehrt ließ es sich der deutsche Botschafter in Washington, Karl Heinrich Knappstein, nicht nehmen, persönlich über die negative Befreiung eines Dokumentarfilms zur Vernichtung des Warschauer Ghettos zu berichten. Er schloss mit der Erwartung, diese Kritik berechtige zu der Hoffnung, »dass die Welle von Nazigreuelfilmen dieser Art in absehbarer Zeit abklingen wird.«

Täuschen und Leugnen

Diese Grundhaltung wurde mit »Arbeitsmethoden« umgesetzt, die für eine demokratische Gesellschaft eher ungewöhnlich sind. Die eine, die man als Täuschung der Öffentlichkeit bezeichnen kann, hatte ihren Aus-



Der »gute Nazi«: Albert Speer, Chefarchitekt Hitlers und Reichsminister für Rüstungs- und Kriegsproduktion, besichtigt den Drohnen-, pardon: Atlantikwall, Mai 1943

nach wie vor die eigentliche globale Gefahr«, heißt es in einem »Nur für den Dienstgebrauch« firmierenden BPA-Papier aus dem Jahr 1965.

Die kritische Beobachtung beschränkte sich jedoch nicht auf die Unterhaltungssendungen in den Massenmedien. Auch kulturelle Ereignisse behielt man im Blick. So meldete die deutsche Botschaft in Washington im April 1967, also zur Zeit der ersten Großen Koalition, dass der US-amerikanische

gangspunkt in einem sogenannten Reptilfonds. Der Begriff stammt aus der Kaiserzeit und leitet sich aus einer Rede Bismarcks ab, in der er forderte, die Feinde des Vaterlands möge man wie Reptilien bis in ihre Höhlen verfolgen. Der Finanzierung eines solchen Vorhabens diente eben dieser Fonds, der von Bismarck letztlich zur direkten Beeinflussung und Korrumperung der Presse genutzt wurde. Auch die Bundesregierung verfügte über einen Fonds zur »Verfügung

UNRAST ★ aktuell

Jodie Hare

Autismus ist keine Krankheit

Politik für eine neurodiverse Gesellschaft



Die Diskriminierung autistischer Menschen beenden

Jodie Hare

Autismus ist keine Krankheit

Politik für eine neurodiverse Gesellschaft

160 Seiten | 18 €

Ismail Küpel

Graue Wölfe

Türkischer Rechtsextremismus in Deutschland



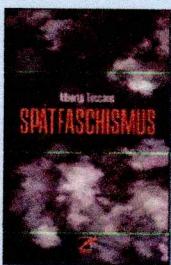
Aktuelle kritische Analyse der zweitgrößten extrem rechten Bewegung in Deutschland

Ismail Küpel

Graue Wölfe

Türkischer Rechtsextremismus

in Deutschland
136 Seiten | 14 €



Faschismus als ständiges Potenzial des Kapitalismus

Alberto Toscano

Spätfaschismus

Rassismus, Kapitalismus und autoritäre Krisenpolitik

212 Seiten | 19.80 €



Streitschrift für einen Konföderalismus in Israel/Palästina

Shlomo Sand

Ein Staat für zwei Völker?

Die Idee des Binationalismus in der zionistischen Bewegung und die Zukunft Israels in Palästina

228 Seiten | 18 €



Den Mythos der Maschine KI aufbrechen

Matteo Pasquinelli

Das Auge des Meisters

Eine Sozialgeschichte

Künstlicher Intelligenz

288 Seiten | 22 €



Unterhaltsamer Infocomic über den Aufstand in Chile – um 60 Seiten ergänzte 2. Auflage!

Su Rivas

Chile ist aufgewacht

Widerstand gegen ein neoliberales System

184 Seiten | 19.80 €

Das ganze Programm online unter:
www.unrast-verlag.de

des Bundeskanzlers zur Förderung des Informationswesens«. Nur der Bundesrechnungshof hatte das Recht, Einsicht in diesbezügliche Ausgaben zu nehmen, eine öffentliche Kontrolle gab es nicht. Dies verschaffte der Regierung Handlungsspielraum für Aktivitäten, die nicht bekannt werden sollten.

Ein erstes großes Projekt entwickelte das BPA im Rahmen der Remilitarisierung. Anlass war der nach dem Buch des Berufssoldaten und ehemaligen nationalsozialistischen Führungsoffiziers Hans Hellmut Kirst gedrehte äußerst erfolgreiche Film »08/15«. Er stellte den einfachen »Landser« den Offizieren gegenüber und ergriff Partei für den »kleinen Mann« und seine Leiden. Sieht man davon ab, dass diese Darstellung den deutschen Soldaten von seiner Rolle im Vernichtungskrieg grundsätzlich entlastete, so trug eine solche Sichtweise natürlich wenig zur Entwicklung der angestrebten neuen Kriegstüchtigkeit bei. Um dem zu begegnen, setzte man jedoch nicht auf eine offene Diskussion, weil den verantwortlichen Stellen vermutlich klar war, dass es unmöglich gewesen wäre, auf der Grundlage der Aufarbeitung des gerade beendeten Krieges die neuen Kriegsvorbereitungen zu rechtfertigen. Statt dessen entwickelte das BPA eine Strategie der »Gegeninfiltration«. Ihre Grundidee war, kurz gesagt, die Belieferung der Medien mit scheinbar neutralem, aber tatsächlich von der Bundesregierung in Auftrag gegebenem Pressematerial.

So wurde eine Serie mit dem Titel »Wahre Geschichten aus der Soldatenzeit« konzipiert, die den Lesern den »anständigen Offizier« näherbringen sollte. An ihr technisches Interesse wollte man mit der Nachfolgereihe »Utopie der künftigen Armee« anknüpfen. Die Verbreitung dieser »wahren Geschichten« sollte vor allem über kleinere Zeitungen und die »Heimatpresse« erfolgen. Beilagen zu den Lesezirkeln, etwa für »Flugschriften«, wurden als weiterer Vertriebsweg erwogen.

Eine andere Idee zur »Förderung des Informationsbemühens der Bundesregierung« hatte ein Mitarbeiter, der für das Referat »Publikationen« zuständig war. Ihm waren Untersuchungen aufgefallen, die auf die starke Rezeption von Leserbriefen in den Zeitungen hinwiesen. Er schlug deshalb die Schaffung eines Kreises von vertrauenswürdigen Personen vor (und nannte ihn »Korrespondentennetz«), die den Tageszeitungen unter Nennung tatsächlicher Namen und Anschriften regelmäßig Leserkommentare zusenden sollten. Allerdings ging das Vertrauen nicht so weit, dass man sie einfach schreiben lassen wollte, sondern zu ihrer Steuerung hielt man die Schaffung eines Redaktions- bzw. Arbeitsstabs im Bundesgesamtamt für notwendig, der Vorlagen für diese Leserbriefe erstellen sollte.

Viele dieser Pläne blieben in der Vorbereitung stecken. Gebündelt wurden sie je-

doch noch einmal im Vorfeld der Bundestagswahl 1957. Aus diesem Anlass startete man die scheinbar neutrale Illustrierte »Bleibt im Bild« (»BiB«). Neben aktuellen regierungsgenehmten Themen spielte die Nazi-Vergangenheit eine besondere Rolle, konzentriert allerdings auf die Kriegsgeschichte. »Stalingrad« stand im Mittelpunkt. Dabei betrieb man in sogenannten »Generalsmemoiren« die Rechtfertigung des Vernichtungskriegs, ergänzend wurden Leidensbereitschaft, Kameradschaftlichkeit und Pflichtgefühl des einfachen Soldaten propagiert. Die Ansicht, die späte Aufdeckung des tatsächlichen Charakters des von Deutschland geführten Krieges durch die Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht« Mitte der neunziger Jahre sei lediglich allgemeinen gesellschaftlichen Umständen geschuldet, ist vor diesem Hintergrund nicht zu halten. Seit Gründung der Bundesrepublik hat auch eine dezidiert militaristisch orientierte Politik der Bundesregierung zu diesen Verhältnissen geführt.

Wer dermaßen den tradierten Verhältnissen verbunden war, konnte sich mit ihnen auch dann nicht angemessen auseinandersetzen, wenn sie unerwartet offen zutage traten. Das war bei der sogenannten Hakenkreuz-Schmierwelle 1959/60 der Fall. Die westdeutsche Politik war unfähig, ihren Ursachen nachzugehen. Deshalb verharmloste sie entweder die Vorgänge und sprach wie das Innenministerium von »jugendlichem Rowdyismus«, oder sie machte den politischen Feind verantwortlich. So erklärte das Verteidigungsministerium osteuropäische Geheimdienste zu den Urhebern, und das Bundesgesamtamt sprach von »kommunistischen Drahtziehern«. Hier zeigte sich ein Grundzug der bundesdeutschen Staatsideologie: Reaktionäre und nazistische Traditionen werden mit Antikommunismus kompensiert.

Diese Kombination hat man sogar ideo-logisch auszuformulieren versucht. Beispielsweise steht hierfür die Publizistik des »FAZ«-Journalisten Joachim Fest. Speziell in seiner Albert-Speer-Biografie hat er das genannte Schema im Bild des »guten Nazis« zu fassen versucht. Seitdem hat es verschiedene ideologische Umbrüche gegeben. Doch in einer Zeit, in der die »Pax Americana« – konstitutiv für die Bundesrepublik – ins Wanken geraten ist und der dritte große Krieg gegen »Russland« erstaunlich einmütig vorbereitet wird, ist es erforderlich, das heutige ideologische und politische Leitbild Deutschlands vor dem Hintergrund seiner postnazistischen Entwicklung in den Blick zu nehmen. Denn auch der russische Angriff auf die Ukraine hat keine »Stunde Null« geschaffen.

Rolf Surmann schrieb in konkret 7/25 über die Rolle ehemaliger Nazis im Kanzleramt der frühen BRD